

**Vorlage
für die Sitzung
des Jugendhilfeausschusses der Freien Hansestadt Bremen
am
15.01.2026**

**TOP 7 Besetzung des nichtständigen Unterausschusses des Jugendhilfeaus-
schuss zur Erstellung einer Stellungnahme zum 2. Kinder- und Jugendbericht**

A. Problem

Am 12.12.2025 hat der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen den 2. Kinder- und Jugendbericht zur Kenntnis genommen und die Einrichtung eines Unterausschusses zum Erstellen einer Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses zu dem Bericht beschlossen. Der Bericht mitsamt der Stellungnahme soll gemäß § 5 BremAGKJH an die Bremische Bürgerschaft weitergeleitet werden, um in den (fach-)politischen Diskurs einzugehen.

B. Lösung

Es wird vorgeschlagen, dass der Jugendhilfeausschuss aus seinen Mitgliedern fünf Personen benennt, die im Rahmen eines nicht-ständigen Unterausschusses eine Stellungnahme erarbeiten. Diese wird dem Jugendhilfeausschuss nach Fertigstellung zur Beratung und zum Beschluss vorgelegt werden.

Es wird ferner vorgeschlagen, die Relationen zwischen Vertreter:innen der Politik und der freien Träger zu wahren. Somit wären drei Vertreter:innen aus Politik und zwei Vertreter:innen der freien Träger für den Unterausschuss zu benennen.

Hervorzuheben ist, dass die Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses den Kinder- und Jugendbericht (fach-)politisch rahmt und zentrale Erkenntnisse, die aus seiner Rezeption hervorgehen, in die politische Debatte transportiert.

Geschäftsführung und Beratung des Unterausschusses wird durch die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration gemäß Beschlusslage vom 12.12.2025 sichergestellt.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Mit der Vorlage sind keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen verbunden.

E. Beteiligung / Abstimmung

Das Verfahren zur Besetzung wurde am 12.12.2025 in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadtgemeinde Bremen beraten.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz steht nichts entgegen.

G. Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen benennt die folgenden Personen als Mitglieder des nicht-ständigen Unterausschusses zur Erstellung einer Stellungnahme: